



FORSA-UMFRAGE: ÜBERRASCHENDEN ERGEBNIS – MEHRHEIT DER DEUTSCHEN FÜR BRITISCHE EU-REFORMIDEEN

Brexit? Das Thema ist doch noch gar nicht auf dem Tisch – zumindest noch nicht in den Köpfen der Bundesbürger angekommen. Dabei geht es um eine Frage von geradezu historischer Dimension: den potenziellen Ausstieg der Briten aus der Europäischen Union. Sollten die Untertanen Ihrer Majestät Europa den Rücken kehren, dann hätte das eine Erschütterung der Gemeinschaft in ihren Grundfesten zur Folge – von einem möglichen Domino-Effekt bei anderen Staaten ganz zu schweigen. Das Thema werde das Jahr 2016 nachdrücklich bestimmen, da ist sich BCCG-Direktor Andreas Meyer-Schwickerath sicher. „Wir wollen uns deshalb gut auf die kommenden Diskussionen vorbereiten und zunächst einmal wissen: Was denken die Deutschen, und was halten eigentlich unsere Mitglieder und Partner von einem Brexit?“, erläutert Meyer-Schwickerath die Beauftragung des renommierten Forsa-Meinungsumfrageinstituts.

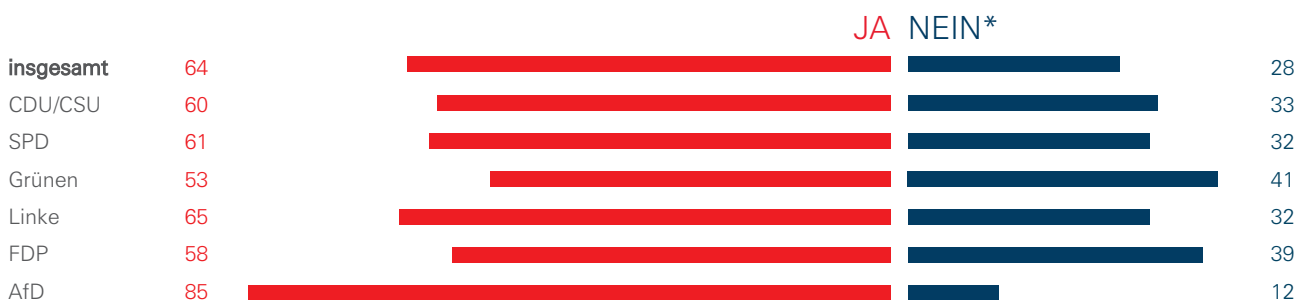
Gemeinsam mit dem Thinktank Open Europe Berlin und der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers gab die BCCG den Auftrag für die repräsentative Umfrage zum Stand der politischen Lage in der EU im Oktober 2015.

Das Ergebnis überraschte nicht nur die Experten, denn eine deutliche Mehrheit der von Forsa befragten Deutschen stimmt mit den wesentlichen Forderungen des britischen Premierministers David Cameron zu EU-Reformen überein. „Die Deutschen sprechen sich mit erstaunlich deutlicher Mehrheit für wesentliche Kernforderungen von Camerons EU-Reformagenda aus. ‚Rote Karte‘ oder gar Renationalisierung von EU-Kompetenzen – die Deutschen denken britischer, als viele erwartet hätten“, sagt Prof. Michael Wohlgemuth, Volkswirt und Direktor von Open Europe Berlin.

VETOMÖGLICHKEITEN GEGEN VERORDNUNGEN DER EU?

Nationale Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten sollten das Recht haben, Gesetze und Verordnungen der EU zu stoppen, wenn eine bestimmte Anzahl von Parlamenten der Mitgliedsstaaten diese ablehnt:

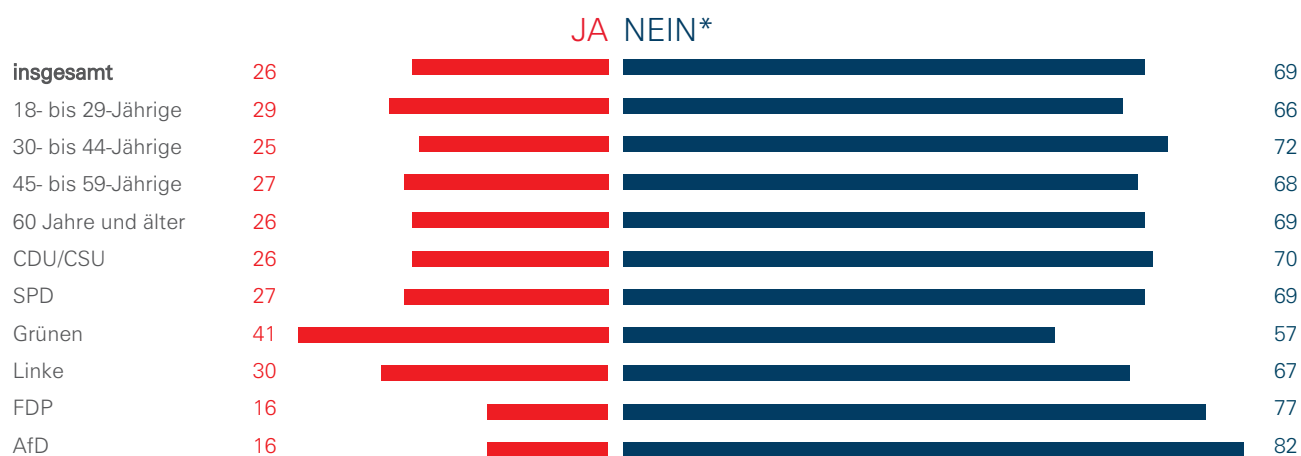
*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



GENERELLES RECHT AUF SOZIALLEISTUNGEN IN JEDEM EU-LAND

EU-Bürger sollten das Recht haben, in jedem EU-Land Sozialleistungen zu beziehen, wenn sie dort leben:

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



So sprachen sich 64 Prozent der Befragten für Vetorechte aus, wie sie David Cameron beim Treffen mit Kanzlerin Angela Merkel Anfang Oktober 2015 unter dem Titel „Rote Karte“ gefordert hat: Nationale Parlamente sollten das Recht haben, Gesetze und Verordnungen der EU zu stoppen, wenn eine bestimmte Anzahl von Volksvertretungen der Mitgliedsstaaten diese ablehnt.

54 Prozent der Deutschen gehen sogar einen Schritt weiter. Sie befürworten sogar, dass wieder mehr Rechte und Zuständigkeiten von der EU an die einzelnen Mitgliedsstaaten übertragen werden sollten. Immerhin 51 Prozent wünschen sich eine engere Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis – nicht alle Staaten müssten unbedingt jeden Integrationsschritt nachvollziehen.

Mit 69 Prozent besonders klar votierten die Befragten für das Recht von EU-Mitgliedsstaaten, den Zugang von EU-Ausländern zu Sozialleistungen an vorherige Beitragszahlungen in die Sozialkassen binden zu dürfen.

55 Prozent der Deutschen würden es schließlich bedauern, wenn Großbritannien aus der EU austreten würde – 36 Prozent würden dies nicht. Bei einer Umfrage im letzten Jahr war das Ergebnis noch 51 Prozent zu 41 Prozent. Noch deutlicher (89 Prozent) wünschen sich die Mitglieder der BCCG einen Verbleib Großbritanniens in der EU. Mit Recht, findet BCCG-Vorstand Andreas Meyer-Schwickerath und warnt: „Gerade wir Deutsche sollten ein besonderes Interesse daran haben, den zweitgrößten Nettozahler und unseren drittgrößten Handelspartner in der EU zu halten. Darüber hinaus würde Deutschland seinen wichtigsten Verbündeten in Fragen der Ordnungspolitik und Marktöffnung verlieren.“ Warum trotz dieser nachvollziehbaren Gründe tatsächlich nur 55 Prozent der Bundesbürger einen Austritt Großbritanniens aus der EU bedauern würden, liege in den Nachwirkungen des Irakkrieges begründet. Viele Deutsche, so Forsa-Geschäftsführer Prof. Manfred Güllner, hätten dadurch immer noch starke Vorbehalte sowohl gegenüber der Politik der USA als auch gegenüber der Großbritanniens.

Trotz Eurokrise ist der Missionseifer einer Mehrheit von 52 Prozent der Deutschen ungebrochen, in allen EU-Mitgliedsstaaten den Euro einzuführen. Das erscheint auf den ersten Blick erstaunlich. Der Euro sei zwar nicht geliebt, erklärt Prof. Güllner, aber von der Mehrheit der Deutschen doch akzeptiert worden. Dass 72 Prozent der Befragten Referenden über die EU-Mitgliedschaft befürworteten, sieht Prof. Güllner eher zwiespältig. Bei Umfragen würden sich die Deutschen stets für mehr direkte Demokratie aussprechen. Das tatsächliche Angebot, etwa bei der Direktwahl von Bürgermeistern, werde von den Bürgern hingegen kaum genutzt.

BCCG-Podiumsdiskussion bei PricewaterhouseCoopers

Die Resultate wurden am 13. Oktober nach der Vorstellung der Umfrageergebnisse von Andreas Meyer-Schwickerath, Prof. Michael Wohlgemuth, Vaughan Price (PricewaterhouseCoopers), Prof. Manfred Güllner sowie Philippa Saunders von der britischen Botschaft unter der Moderation von Andreas Kluth (The Economist) mit großem Sachverstand diskutiert.

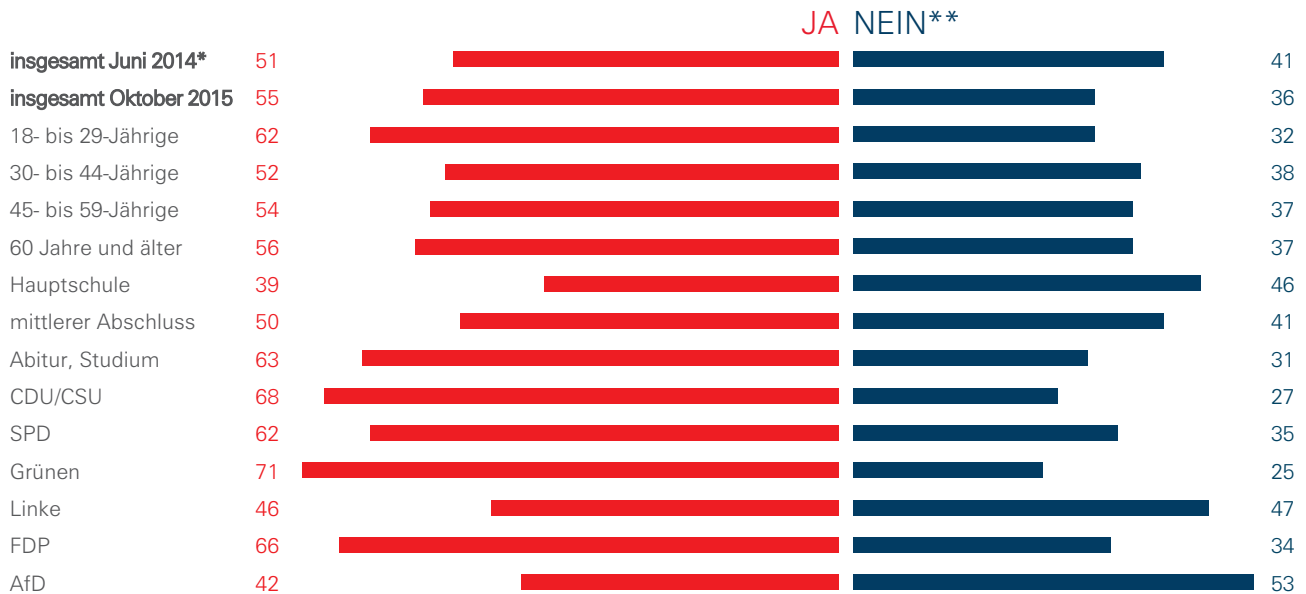
Das Umfrageergebnis sei eine gute Nachricht für den britischen Premier David Cameron, so Prof. Wohlgemuth, wichtige Teile der britischen Reformagenda würden doch die Zustimmung der Deutschen finden, etwa die Rückübertragung der Kompetenzen auf die Mitgliedsstaaten, ein Vetorecht für die nationalen Volksvertretungen und die Möglichkeit, den Zugang zu Sozialleistungen für EU-Ausländer zu begrenzen. Das sei eine wirkliche Überraschung, denn bislang habe man immer geglaubt, dass die Deutschen so etwas nicht unterstützen würden.

Besonderen Augenmerk legt Philippa Saunders von der britischen Botschaft auf die Frage der Sozialleistungen, die sei den Briten besonders wichtig. Im Gegensatz zum Euro, der sei ihren Landsleuten eher unwichtig. Nicht jeder müsse da „einchecken“. Hier sieht sie Aufklärungsbedarf und die Notwendigkeit, die Rechte der Nicht-Euro-Staaten zu wahren. Man müsse ein neues Verhältnis zwischen den

MEINUNGEN ZU EINEM MÖGLICHEN „BREXIT“

Es würden bedauern, wenn Großbritannien aus der Europäischen Union austreten würde:

*) Erhebung im Auftrag des STERN **) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



Staaten finden, die den Euro haben, und denen, die ihn nicht haben. Hier sieht auch Andreas Meyer-Schwickerath einen wichtigen Punkt, der auch durch das Ergebnis der BCCG-Umfrage gestützt werde: Die Wirtschaft könne auch gut ohne den Euro leben, viel wichtiger sei ein Verbleib der Briten in der EU. Das bestätigt auch Vaughan Price: Die Unsicherheit unter den Klienten sei groß. Es bestehe die Gefahr, dass geplante Investments auf Eis gelegt würden.

Vier sogenannte Pakete seien den Briten wichtig, sagt Philippa Saunders: 1. die Frage der Sozialleistungen, die an bestimmte Bedingungen geknüpft werden sollten; 2. die Souveränität dürfe nicht weiter beschnitten, die nationalen Parlamente müssten gestärkt werden; 3. die Wettbewerbsfähigkeit der EU müsse vor allem im globalen Vergleich erhalten bleiben; und 4. die Eurofrage müsse geklärt werden. Prof. Wohlgemuth stellt klar: Das Referendum werde stattfinden und je schneller, desto besser. Man wolle das Thema Brexit vom Tisch haben. Wobei eine „Riesen-EU-Reform“ durch Cameron illusorisch sei. Die EU-Regierungen könnten sich aber informell verpflichten und Cameron mit diesem Zeichen unterstützen. Denn wenn man zugunsten Griechenlands handeln konnte, dann könne man das auch für das Vereinigte Königreich tun. Philippa Saunders erinnert an die britische Wahlgesetzgebung. Wenn man im September wählen wolle, dann müssten die Verhandlungen schon im Februar 2016 beendet werden. Ihr seien allerdings bessere Verhandlungen lieber als eine schnelle Wahl. Andreas Meyer-Schwickerath macht noch einmal deutlich: Durch einen Austritt Großbritanniens werde die EU auseinanderbrechen. Das würde Madame Le Pen in Frankreich großen Auftrieb geben, und die Franzosen wären dann sicher die nächsten Austrittskandidaten. Prof. Wohlgemuth weist darauf hin, dass ohne die Briten Deutschland vom „Club Méditerranée“ überstimmt werden würde und „wir unsere Ordnungspolitik nicht mehr verteidigen“ könnten. Große Probleme werde es

auch für Irland geben, sagt Philippa Saunders, und auch die Schotten würden eher zur EU tendieren. Wahrscheinlich hätte man dann schnell die schottische Unabhängigkeitsdebatte wieder auf dem Tisch. Noch warte Cameron ab. Er werde sicher für einen Verbleib der Briten in der EU kämpfen. Eine Chance habe der Premier aber nur, wenn er positive Zeichen aus den Verhandlungen mit der EU nach London bringen könne. Jetzt komme es auch auf das Verhandlungsgeschick der Bundeskanzlerin an, denn die Bundesregierung habe durchaus Spielräume, Großbritannien entgegenzukommen, und habe auch ein Interesse daran.

Christoph Blase
Journalist Wirtschaftswunder Berlin-Brandenburg
Königstr. 2, 14163 Berlin
030 330 998 684
redaktion@wirtschaftswunder-bb.de



Tanya Williams, Andreas Eichler, rechts Matthias Baumann

FORSA POLL FOR BRITISH CHAMBER OF COMMERCE IN GERMANY: OPINIONS ON THE DEVELOPMENT OF THE EUROPEAN UNION AND THE POTENTIAL EXIT OF THE UNITED KINGDOM FROM THE EU

Simultaneously, BCCG conducted a membership survey with the same questions, results are in brackets below

1. Some people demand that more rights and competences should be returned from the EU to the member states, Do you agree or disagree with this view?
 - a. Yes, I share this view 54% (BCCG members: 50%)
 - b. No, I do not share this view 38% (BCCG members: 47%)
 - c. Don't know 8% (BCCG members: 3%)
2. There is also the proposal that national parliaments of EU member states should have the right to stop laws and directives of the EU if a certain number of member state parliaments reject them. Do you think this proposal is good or not good?
 - a. Yes, I think that is a good proposal 64% (BCCG members: 61%)
 - b. No, I think that proposal is not good 28% (BCCG members: 37%)
 - c. Don't know 8% (BCCG members: 2%)
3. So far not all EU member states have introduced the Euro as their currency. In principle, however, it is foreseen that every country, once it fulfils certain criteria, also joins the Eurozone. What do you think: should member states that have not yet introduced the Euro be allowed to keep their own national currency or should in the long run all EU-members be obliged to also join the Eurozone?
 - a. Yes, member states should be allowed to keep their own national currencies 52% (BCCG members: 61%)
 - b. No, all member states should also join the Eurozone 43% (BCCG members: 37%)
 - c. Don't know 5% (BCCG members: 2%)
4. Do you think that EU-citizens generally should have the right to claim social benefits in another EU-country if they live there, or should EU-member states have a right to make welfare payments dependent to whether a EU-foreigner has already payed contributions for a few years?
 - a. Yes, EU-citizens should have those rights 26% (BCCG members: 31%)
 - b. No, they should only receive welfare payments if they have already payed into the system for some years 69% (BCCG members: 67%)
 - c. Don't know 5% (BCCG members: 2%)
5. Should within the EU all issues be decided by all member states or should it be possible within the EU that some states with regard to some issues like fighting crime or migration policies work closer together than other countries that do not wish so?
 - a. Yes, all decisions should be taken by all member states 51% (BCCG members: 20%)
 - b. No, it should be possible to work closer with countries that see issues in a similar way 46% (BCCG members: 78%)
 - c. Don't know 3% (BCCG members: 2%)
6. In Great Britain the citizens will be asked in 2016 or 2017 to decide via referendum whether Great Britain should leave the EU or remain in the EU. On principle: Do you think it is right if the question of a country's leaving or staying in the EU is decided by all citizens of that country via referendum or would you prefer if elected representatives in parliament decide on that?
 - a. Yes, I think citizens should decide such questions in a referendum 72% (BCCG members: 61%)
 - b. No, I think elected representatives in parliament should take such decisions 25% (BCCG members: 38%)
 - c. Don't know 3% (BCCG members: 1%)
7. Would you regret Great Britain leaving the EU or would you not regret that?
 - a. Yes, I would regret a withdrawal from the EU 55% (BCCG members: 89%)
 - b. No, I would not regret a withdrawal 36% (BCCG members: 10%)
 - c. Don't know 8% (BCCG members: 1%)



Philippa Saunders, Andreas Kluth



Veranstaltung FORSA bei PwC